

Wir PIRATEN fordern

- die Beendigung von Frontex Einsätzen und EUROSUR.
- Schaffung einer zivilen, europäischen Küstenwache zur Seenotrettung, Sicherung und Kontrolle des Seeverkehrs
- eine Zusicherung, dass Land, Kreise und Kommunen den notwendigen finanziellen Spielraum für eine solide und langfristige Planung erhalten.
- Entlastung der Jobcenter durch Beendigung der Hartz IV Sanktionen.
- zukünftige Steuererhebung des 2019 auslaufenden Solidaritätszuschlags (Soli), und dass dieser dem allgemeinen Steueraufkommen der Länder zugerechnet wird.
- einen Ausschuss für Integrations- und Flüchtlingspolitik zur Wiederherstellung der parlamentarischen Kontrolle mit folgenden Aufgaben:
 - Bedarf, Finanzierung und Ausstattung der Erstaufnahmeeinrichtungen,
 - zeitnahe psychologische Betreuung der Flüchtlinge,
 - Wohnungsbau,
 - Sicherheit,
 - Bildung, Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Zugang zum Arbeitsmarkt,
 - Integrations- und Sprachkurse,
 - Unterstützung, Betreuung und Gewährung der Sicherheit des Ehrenamts,
 - Dolmetscher und Begleitung bei Behördengängen.

**Menschenrechte wahren
und ausweiten**

Kein Mensch ist illegal

#6PIRATEN



**Piratenfraktion
im Schleswig-Holsteinischen Landtag**

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Twitter: [@FraktionSH](#)

E-Mail: fraktion@piratenfraktion-sh.de

V.i.S.d.P.: Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Stand: April 2016



PIRATENFRAKTION
im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Der Maßstab unseres Handelns ist Artikel 1 des Grundgesetzes!



Anerkennung von Fluchtgründen erweitern und Flucht entkriminalisieren



Politik der Nachhaltigkeit endet nicht an Schleswig-Holsteins Grenzen



Als Industrienation und Exportweltmeister muss Deutschland sich seiner politischen Verantwortung stellen



Lokale Wirtschaft der Herkunftsstaaten aufbauen statt diese als Rohstofflieferant auszubeuten



Menschen Perspektiven bieten



Konfliktprävention und Rüstungsexportpolitik sind unvereinbar

Wir PIRATEN lehnen ab

- **Obergrenzen**, denn Flüchtlingsströme lassen sich nicht durch Grenzzäune aufhalten.
- **Transitzonen**, da die rechtsstaatlichen Standards zur Prüfung des Flüchtlingsstatus nicht gewährt werden.
- **den Begriff „Sichere Herkunftsstaaten“**, da weltweit gegen Menschenrechte, Presse- sowie Meinungsfreiheit etc. verstoßen wird.
- **Die Begrenzung des Familiennachzuges**, denn Grundrechte gelten nicht nur für den, dem die Flucht als erstes geglückt ist.
- **Ausweisung von Minderheiten** in Länder, in denen sie staatlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt sind.
- Die **Kriminalisierung** von ehrenamtlichen Fluchthelfern
- Die **Wiedereinführung** von Sachmitteln statt Bargeld.

Wir PIRATEN fordern

- die zentrale Registrierung in den bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen.
- die zeitnahe Bearbeitung der Asylgesuche.
- eine Beschleunigung der Anerkennungsverfahren durch die rechtssichere Definition der „Unsicheren Herkunftsstaaten“ auf Basis der Berichte des UNHCR.
- die Aufhebung der Dublin III Verordnung und eine Lösung zur sozialverträglichen Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten.
- die Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten für Vertriebene und die Möglichkeit in den EU-Mitgliedstaaten Asyl zu beantragen.
- keine Abschaffung der Bürgerrechte unter dem Vorwand der Lösung der Flüchtlingskrise und zur Legitimation des Kampfes gegen den Terrorismus.

